



Umsetzung der Energiewende:

Wo stehen wir heute?

Fachkonferenz „Bilanz der Energiewende – Stand und Ausblick nach 2 Jahren Umsetzung am 25. Juni 2013 in Berlin

Inhaltsverzeichnis

1. Deutungshoheit Energiewende
2. Kontroversen um Einzelaspekte
3. Arbeitsplätze in Gefahr
4. Energiewende – mehr als Strom
5. Industriepolitisch denken und handeln

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Deutungshoheit Energiewende

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Umsetzung der Energiewende: Wo stehen wir heute?“ So lautet das mir gestellte Thema.

Nun, je nachdem, wen Sie in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft diese Frage stellen, werden Sie eine entsprechende Antwort erhalten. Und die Antworten werden recht unterschiedlich ausfallen.

Das heißt aber auch, dass weiterhin um die Deutungshoheit darüber gerungen wird, was die Energiewende ist bzw. sein soll. Oder anders ausgedrückt: Es ist bislang noch nicht gelungen, alle Stakeholder zusammenzuführen.

Nehmen Sie die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Sie alle wissen, wer hinter dieser Vereinigung steckt und welchen Zielen sie sich verschrieben hat.

Ende 2012 hat sich die INSM groß zu Wort gemeldet, das Erneuerbare-Energien-Gesetz torpediert und ein so genanntes Wettbewerbsmodell Erneuerbare Energien propagiert.

Die INSM diffamiert das EEG als planwirtschaftlich und will glauben machen, dass sie sich um sozial schwache Haushalte sorgt, die vor den teuren erneuerbaren Energien geschützt werden sollen.

Ist das glaubwürdig? Ist das wirklich glaubwürdig, wenn man sich die INSM und ihre Ziele näher betrachtet?

Natürlich, die Einspeisevergütungen müssen immer wieder an die aktuelle Entwicklung, insbesondere an die Kostendegression von Solar- und Windkraftanlagen angepasst werden.

Und selbstverständlich: Das EEG mit der verankerten Umlagefinanzierung stößt an seine Grenzen.

Aber die Wahrheit ist doch, dass es der INSM nicht um Anpassung geht. Die wollen eine tragende Säule der Energiewende, nämlich das EEG, kappen, oder am liebsten gleich ganz abschaffen.

Darum geht es, meine Damen und Herren.

Vor diesem Hintergrund haben wir als IG Metall gemeinsam mit zahlreichen Betriebsratsvorsitzenden ein deutliches politisches Signal zur Unterstützung der Energiewende gegeben.

Sie haben es sicherlich gelesen oder davon gehört.

Wir haben am 13. und 14. Juni einen offenen Brief an die Bundeskanzlerin, den Bundeswirtschaftsminister und den Bundesumweltminister als ganzseitige Anzeige in der Zeit, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, im Handelsblatt, in der Süddeutschen Zeitung und in der taz geschaltet.

Unsere Botschaft ist einfach und eindeutig:

- Die IG Metall und die unterzeichnenden Betriebsratsvorsitzenden wollen die Energiewende zu einem Erfolgsmodell machen.
- Der Wert der Energiewende für nachhaltige industrielle Zukunftsinvestitionen darf nicht zerredet werden und im Hick-Hack der Interessenkonflikte untergehen.
- Von der Bundesregierung fordern wir politische Initiative statt Stillstand, damit Investitionen in die Energiewende und Arbeitsplätze nicht gefährdet werden.

Meine Damen und Herren,

wir wollen nicht zusehen, wie die Politik die Energiewende weiter vor die Wand fährt. Stillstand schadet. Für diese Initiative haben wir viel Unterstützung erfahren, auch von der Unternehmensseite.

Das zeigt, dass wir genau richtig liegen.

2. Kontroversen um Einzelaspekte

Ich habe eingangs gesagt, dass bei der Energiewende die Deutungshoheit noch nicht ausgefochten ist.

Im Moment müssen wir leider erleben, wie immer wieder Einzelaspekte der Energiewende herausgegriffen und Kontroversen erzeugt werden.

Dabei geht es selten um fachliche Lösungen. Vielmehr werden Zusammenhänge vereinfacht und dementsprechend unzureichende Lösungsangebote auf den Marktplatz getragen.

Die Strompreis-Bremse von Bundesumweltminister Altmaier ist dafür ein Beispiel.

Oder nehmen Sie den Emissionshandel. Die Bundesregierung gehört zu den Blockierern einer Stabilisierung des europäischen Emissionshandelssystems. Mangels stimmigen Gesamtkonzepts haben wir inzwischen einen CO₂-Preis von unter fünf Euro. Das führt dazu, dass sich der Betrieb von hocheffizienten Kraftwerken nicht lohnt und stattdessen mit älterer, CO₂-intensiverer Kraftwerkstechnik mehr denn je Strom in Deutschland produziert wird.

Inzwischen fordern selbst führende Vertreter von Unternehmen wie die Vorstandsvorsitzenden von Siemens und von Eon dringend eine Wiederbelebung des Emissionshandels.

3. Arbeitsplätze in Gefahr

Meine Damen und Herren,

auch aus den Betrieben hören wir, dass es bei der Umsetzung der Energiewende hakt.

Die Entwicklung gibt durchaus Anlass zur Sorge. Schon jetzt werden Investitionen zurückgefahren, Geschäftsfelder aufgegeben und Standorte geschlossen.

Bereits tausende Arbeitsplätze werden abgebaut. An der Küste halten wir bis zu 4.000 weitere Arbeitsplätze bei der Offshore-Windenergie für akut gefährdet. Insgesamt sind etwa zweihunderttausend Arbeitsplätze sind bedroht.

Am Donnerstag dieser Woche werden rund 1.500 Bosch-Mitarbeiter zu einer Kundgebung vor der Konzernzentrale in Gerlingen bei Stuttgart erwartet. Darunter werden mehr als 1.000 von insgesamt 1.800 Beschäftigten des Solarstandorts Arnstadt in Thüringen sein, den Bosch bis Jahresende schließen will. Ein neuer Investor ist nicht in Sicht.

Meine Damen und Herren,

betroffen sind insbesondere die Unternehmen, die sich konsequent für grüne Zukunftstechnologien eingesetzt haben, die regenerative Energien, neue Werkstoffe, innovative Speicher- und Stromübertragungstechnologien, effiziente Gas- und Dampfturbinenkraftwerke entwickeln und produzieren.

Kurzum: Die Politik ist dabei, die Basis für eine erfolgreiche Energiewende zu verspielen. Denn ohne die Betriebe und ihre Mitarbeiter, die das Rüstzeug für die Energieversorgung der Zukunft entwickeln, produzieren und betreuen, ist die Energiewende schlichtweg nicht möglich.

4. Energiewende – mehr als Strom

Alles in allem müssen wir feststellen, dass die Energiewende von der Politik schlecht gesteuert wird. Ein durchdachtes Gesamtkonzept fehlt.

Die Bundesregierung operiert mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen, ohne diese effektiv aufeinander abzustimmen.

Auch die Zusammenarbeit mit den Bundesländern, die jeweils über ein eigenes Energiekonzept verfügen, ist bisher unzureichend. Gleiches gilt für die Abstimmung auf europäischer Ebene.

Wer macht denn in Deutschland eigentlich Energiepolitik? Altmaier oder Rösler? Schon die überlappende Zuständigkeit von Wirtschafts- und Umweltministerium birgt ständige Konfliktpotenziale.

Um dieses interministerielle Hickhack künftig aufzulösen, fordern wir – unabhängig von möglichen Koalitionen am 22. September – eine starke politische Koordinierung der Energiepolitik durch das Bundeskanzleramt, z.B. durch die Einsetzung eines verantwortlichen Staatssekretärs.

Außerdem müssen bei einem so umfassenden Umbauprojekt alle Gruppen – Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Umweltverbände und Wissenschaft – an einen Tisch. Wir brauchen eine nationale Plattform Energiewende, die endlich auch einer zukunftsfähigen Industriepolitik den Weg frei macht.

Denn Energiewende, das ist mehr als Strom, sein Preis und seine Herkunft.

Meine Damen und Herren,

die Energiewende ist ein gewaltiges Umbauprojekt. Im Kern geht es um die energetische Basis unserer Industriegesellschaft und ihrer Produkte. Die Energiewende ist die Entwicklung eines Technologie- und Wohlstandsmodells, das auf den Erhalt und nicht auf den Verbrauch der endlichen natürlichen Ressourcen ausgelegt ist.

Dazu gehören Strom aus erneuerbaren Quellen, CO₂-arme besser noch CO₂-neutrale Produktion und Mobilität ebenso wie Energieeinsparung in Gewerbe, privaten Haushalten sowie Gebäuden.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Energiewende mit der Wandlungsfähigkeit des industriellen Sektors steht und fällt.

Die Energiewende kann nur klappen, wenn tiefgreifende Veränderungen unserer industriellen Strukturen einhergehen.

Ich will an dieser Stelle auf unseren internationalen Kurswechselkongress hinweisen, der Anfang Dezember 2012 hier in Berlin stattgefunden hat. Als IG Metall haben wir hier einen Aufschlag zu zahlreichen Themenfeldern gemacht.

Wir begreifen die Energiewende als eine herausragende Chance für die Technologiebranchen. Konsequenterweise umgesetzt kann sie Motor für eine nachhaltige und ökologische Modernisierung der industriellen Wertschöpfung werden.

Neue Technologien eröffnen Unternehmen nicht nur Märkte der Zukunft, sondern sichern bereits heute hunderttausende Arbeitsplätze. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den Klima- und Umweltschutz.

Daher gilt: Wer die industrielle Leistungsfähigkeit stärken will, muss grüne Innovation durch die Energiewende fördern, und zwar zu wettbewerbsfähigen Preisen.

Die Energiewende muss ein Leitmotiv im industrie- und energiepolitischen Handeln der Bundesregierung sein!

5. Masterplan Energiewende

Meine Damen und Herren,

Der Markt allein kann eine Transformation der Wirtschaft nicht schaffen. Es bedarf national und international eines verlässlichen politischen Ordnungs- und Regulierungsrahmens.

Notwendig ist ein stimmiges Gesamtkonzept, das nicht nur langfristige Ziele benennt sondern auch konkrete Arbeitsprojekte entwickelt und Umsetzungsschritte verfolgt.

Notwendig sind verlässliche energiepolitische Rahmenbedingungen für ein „neues Strommarktdesign“.

Notwendig ist ein konsequentes Monitoring zur Zielerreichung und für eine transparente und faire Verteilung der Kosten der Energiewende.

Notwendig ist eine koordinierte Industriepolitik, die die Energiewende auch mit der Sicherung und Schaffung von guten Arbeitsplätzen in allen Branchen verbindet.

Notwendig ist ein Masterplan Energiewende.

Darunter verstehen wir NICHT einen einmal festgezurten Plan, der dann für die nächsten zwanzig Jahre gilt.

Wir verstehen darunter einen ständig fortlaufenden Prozess, sich auf Ziele zu einigen und dann die konkreten Umsetzungsschritte zu vereinbaren.

Wie es nicht geht, das wissen wir ja schon von der Entwicklung der Offshore-Windenergie. Da waren die Genehmigungen für den Bau der ersten Windparks da, aber die politischen Prozesse für die Entwicklung der Netzinfrastruktur waren nicht darauf abgestimmt und sind in der Folge zum Flaschenhals geworden.

Deshalb ist es jetzt endlich an der Zeit, für den Masterplan Energiewende die Plattform Energiewende zu institutionalisieren. Mit dabei sein müssen:

- die staatlichen Ebenen mit ihrer Planungs- und Regulierungsverantwortung, sie setzen den Rahmen für Forschungs- und Innovationspolitik
- die Unternehmen mit ihren Fachkräften, ihrem Technikwissen und ihren Marktkennntnissen
- die Umweltverbände mit ihrem Know-how und ihren zivilgesellschaftlichen Netzwerken

- die Wissenschaft mit ihren Forschungsergebnissen und mit neuen Studien
- und selbstverständlich die Gewerkschaften mit den Beschäftigten und ihren praxisnahen Mitbestimmungsstrukturen

Meine Damen und Herren,

der Umbau ist nicht zum Nulltarif zu haben. Jährlich müssten rund 25 Milliarden Euro bis 2020 investiert werden. Zum Vergleich: 2011 wurden rund 82 Milliarden Euro für Energieimporte (Öl, Kohle, Gas) ausgegeben.

Aber langfristig sind die Prognosen günstig. Bereits ab 2025 soll der erneuerbare Mix günstiger sein als der fossile Mix. Bis 2040 können laut BMU-Leitstudie 2011 die Markteinführungskosten der erneuerbaren Energien vollständig amortisiert sein.

Notwendig ist Kostentransparenz und eine faire Kostenverteilung. Ein Gegeneinander von Haushalten und Industrie hilft niemanden, auch wenn sich manche Politiker darin gefallen, damit kurzfristig Emotionen anzuheizen.

Wir brauchen ein stimmiges Gesamtkonzept und keinen Umbau im Hau-Ruck-Verfahren mit Einzelmaßnahmen. Eine nationale Plattform Energiewende muss sich daher auseinandersetzen mit

- der Entwicklung eines neuen Strommarktdesigns und eines neuen EEGs
- der Senkung der Kosten im System EEG
- der Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für mittelständische Betriebe im Erneuerbare-Energien-Sektor
- der Sicherung von Wertschöpfungsketten der Industrie
- der zielgenaueren Entlastung der energieintensiven Industrien
- der Entlastung der privaten Haushalte, insbesondere von sozial Schwächeren

6. Industriepolitisch denken und handeln

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir als IG Metall begreifen die Energiewende als zentrales Zukunftsprojekt für eine nachhaltige industrielle Entwicklung.

Lassen Sie mich daher zum Abschluss nochmals die Notwendigkeit einer stringenten Industriepolitik unterstreichen. In meiner Wahrnehmung gehen diese Zusammenhänge derzeit unter bzw. sind bei einigen Akteuren vergessen oder gar nie gelernt worden.

Es ist höchste Zeit, den Erneuerbare-Energien-Sektor nicht nur als Energieerzeugung, sondern als eine Industrie zu denken und entsprechend zu handeln.

Wir müssen jetzt über Instrumente wie Zubausteuern und Einspeisevergütung hinaus konzipieren und Eckpfeiler setzen, um mittelfristig auf die konzentrierte Förderung von industrieller Produktionskapazität sowie von Forschung und Entwicklung umzustellen, um internationale Marktchancen zu eröffnen.

Dies muss durch internationale Kooperation mit Ländern flankiert werden, die eine Verbesserung und Modernisierung ihrer Energieversorgung anstreben. Wichtig ist es, „Waffengleichheit“ gegenüber der Konkurrenz aus anderen Industrieregionen herzustellen, damit der Wettbewerb über Technologie und nicht über Lohndumping ausgetragen wird.

Gleichzeitig brauchen wir eine Strukturpolitik, die mehr tut, als nur Industrieansiedlung zu fördern. Das Ziel von Strukturpolitik muss sein, funktionierende und miteinander verzahnte Wertschöpfungszusammenhänge auf regionaler, bundesweiter und europäischer Ebene zu schaffen, die langfristig volkswirtschaftlichen Nutzen stiften.

Industriepolitisch müssen fünf Punkte ausgearbeitet werden:

- Chancen als Technologiestandort und als Produktionsstandort
- Differenzierte Auswirkungen auf alle industriellen Branchen
- Konsequentes Kostenmanagement
- Gute Arbeit und qualifizierte Beschäftigte als Erfolgsfaktor
- Investitionen für Forschung und Entwicklung

Vielen Dank!